



Ursula Piëch: Vom Kindergarten in den VW-Aufsichtsrat

WIRTSCHAFT, SEITE 30

Hafen Bamberg: Weniger Umschlag, mehr Touristen

BAMBERG, SEITE 13

HEUTE MIT GRATIS RTV

Deutschlands größtes TV-Magazin ▶

Anzeige



FREITAG, 20. APRIL 2012

BAMBERG

179. JAHRGANG, NR. 92, PREIS: 1,30 €



## Sieg für Frankens Fahne

**HEIMAT** Die rot-weiße Wappenflagge darf künftig am Tag der Franken an offiziellen Masten wehen. **Seite 4**

Illustration: Michael Karg

**AM RANDE** Selbst am Sternenhimmel geht es stürmisch zu.

### Krawall im All statt Reiselust

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED STEFAN FÜSSEL

In zwei Jahren darf der erste deutsche Weltraum-Tourist sein Astronautenkofferchen packen – und sich gleich auf richtig mieses Wetter einstellen. Wirbelstürme, kosmische Strahlung, Massenauswürfe der Sonne. Fehlt nur noch, dass es regnet.

„Da bleib' ich doch lieber gleich daheim und hol' mir meinen Sonnenbrand auf dem Balkon“, wird sich mancher Zeitgenosse bestätigen fühlen, dem das Geld für den Trip nach ganz oben fehlt. Über derart abgehobene Urlaubspläne können auch hauptberufliche Astronauten nur müde lachen. Völlig losgelöst vom irdischen Frühling machen sie sich auf den Weg zur Arbeit, müssen mit ihren Kapseln heftigen Böen ausweichen und kommen selbst am Wochenende nur selten mal raus. Bei diesem Sauwetter soll dann plötzlich der Weltraumtourismus florieren, Angebote wie „Sterne zählen vor Ort“, „Beach-Clubbing am Mond“ oder „Ringlesungen auf dem Saturn“ die Kassen füllen. Selbst der Mars macht mittlerweile mobil. Aber schönes Wetter kann auch auf dem roten Planeten keiner mehr garantieren.

So wird der genigte Drei-Sterne-Gast den Urlaub vor dem Fernseher verbringen, Star Trek gucken und sich ein paar Kartoffelchips aus der Tube drücken. Eine ziemlich außerirdische Vorstellung. Manchmal ist es eben besser, am Boden zu bleiben. **Seite 42**

### GARTENBAU

## Stadt schützt die „Obere Gärtnerei“

Bamberg – Die Flächen der „Oberen Gärtnerei“ in Bamberg-Süd, die knapp außerhalb der Grenzen des Unesco-Welterbes liegen, werden mit Hilfe eines Bebauungsplanes und einer Veränderungssperre unter Schutz gestellt. Sie bleiben künftig dem Erwerbs-Gartenbau vorbehalten. Das in der Nähe der Innenstadt gelegene Areal weckte Begehrlichkeiten von Bauwilligen. Ein Bauherr, der in der Plattengasse ein Einfamilienhaus bauen wollte, klagt bereits vor dem Verwaltungsgericht. Der Bausenat folgte einstimmig dem Vorschlag des Stadtplanungsamtes und befürwortete die Veränderungssperre. **Seite 11** gg

### BRANDSCHUTZ

## Rauchmelder wird Pflicht

München – In Bayern soll voraussichtlich noch in diesem Jahr eine gesetzliche Rauchmelderpflicht für Privatwohnungen eingeführt werden. Die beiden Koalitionsfraktionen CSU und FDP wollen bereits in den kommenden Wochen einen detaillierten Gesetzentwurf dazu erarbeiten. Dafür wurde eine spezielle Arbeitsgruppe eingesetzt. Fest steht, dass die gesetzliche Rauchmelderpflicht für Neubauten bereits mit Inkrafttreten des Gesetzes gelten soll. Für Altbauten soll es eine Übergangsfrist geben. Ein entsprechender Antrag der beiden Koalitionsfraktionen ist vom Landtag gebilligt worden – und zwar auch mit den Stimmen der SPD, die eine solche gesetzliche Rauchmelderpflicht schon seit Jahren fordert. dpa

## Auch Muslime gegen Salafisten

**ISLAM-KONFERENZ** Die Koran-Aktion der Radikal-Islamisten hat bei dem Treffen inhaltliche Debatten in den Hintergrund verdrängt. Unions-Fraktionschef Kauder sorgte für Zündstoff.

Berlin – Die Islamkonferenz hat mit Besorgnis und scharfer Kritik auf die Aktivitäten der radikalen Salafisten in Deutschland reagiert. „Der Absolutheitsanspruch der Salafisten ist nicht vereinbar mit unserem Grundgesetz“, sagte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am Donnerstag in Berlin. Diese Position sei von der Konferenz bekräftigt worden. Auch die muslimischen Verbände hätten sich überwiegend „sehr eindeutig“ gegen den Salafismus positioniert. Einhellig verabschiedete die Konferenz zudem eine Erklärung gegen häusliche Gewalt und Zwangsheirat.

Zum radikal-islamischen Salafismus sagte Friedrich während der jährlichen Plenarsitzung der Islamkonferenz: „Das Thema macht uns große Sorgen.“ Nicht jeder Salafist sei ein Terrorist, aber viele potenzielle Terroristen und Gewalttäter hätten salafistische Bezüge. Salafisten hatten am vorigen Wochenende in deutschen Städten kostenlos Koran-Exemplare verteilt und mit ihrer Missionierungs-Aktion „Lies!“ eine heftige Debatte ausgelöst.

Die Islamkonferenz war 2006 ins Leben gerufen worden. Vertreter muslimischer Verbände und Einzelpersonen treffen dort mit Politikern aus Bund, Ländern und Kommunen zusammen. Für die nächsten Monate habe die Konferenz dem Thema Prävention und Verhinderung extremistischer Gewalt Priorität eingeräumt, sagte Friedrich.

Vorbeugende Maßnahmen müssten sich aber nicht nur mit Islamismus und Antisemitismus unter Muslimen befassen, sondern auch mit der Islamfeindlichkeit in Teilen der Gesellschaft. Ausdrücklich verurteilte Friedrich auch den Rechtsextremismus, der nach der Neonazi-Mordserie mit zehn Toten vielen Muslimen Angst macht. „Die Botschaft muss sein: Alle Menschen in unserem Land sollen in Sicherheit und Freiheit leben können.“ Unmittelbar vor der Konferenz sorgte Unionsfraktionschef Volker Kauder mit Äußerungen zum Islam für heftige Reaktionen. Der CDU-Politiker

„Der Absolutheitsanspruch der Salafisten ist nicht vereinbar mit unserem Grundgesetz.“

Hans-Peter Friedrich  
Bundesinnenminister

widersprach erneut der Aussage des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff, wonach auch der Islam zu Deutschland gehöre. „Der Islam ist nicht Teil unserer Tradition und Identität in Deutschland und gehört somit nicht zu Deutschland“, sagte Kauder der „Passauer Neuen Presse“. Innenminister Friedrich war erkennbar bemüht, die Äußerung Kauders nicht zu ei-

ner Belastung der Islamkonferenz werden zu lassen. Er sagte dazu: „Lassen Sie uns die Themen, die ausdiskutiert sind, nicht immer wieder neu aufwärmen.“ Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) sagte: „Natürlich gehört der Islam heute zu Deutschland.“ SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann meinte: „Volker Kauder ist der letzte Kreuzritter der Union.“ Der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir sagte: „Volker Kauder macht einen auf Kulturkampf.“ Damit wolle er Konservative in der Union mobilisieren.

Weitere Schwerpunkte der Konferenz waren am Donnerstag die Themen Geschlechtergerechtigkeit und Verbesserung der Chancen für Muslime auf dem Arbeitsmarkt. In einer Erklärung verurteilte die Konferenz häusliche Gewalt und Zwangsehen. Friedrich betonte, diese Erscheinungen seien nicht Ergebnis der islamischen Religion, sondern von traditionalistischen und patriarchalischen Strukturen. **Seite 2** dpa

### FRÜHJAHRSGUTACHTEN

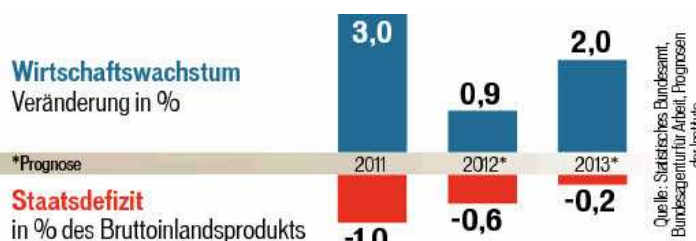
## Wirtschaftsmotor Deutschland brummt

Berlin – Mehr Jobs, höhere Löhne, kerngesunde Firmen: Deutschland trotz der Schuldenkrise und bleibt Wirtschafts-Supermacht in Europa. Die führenden Forschungsinstitute trauen der Wirtschaft in ihrem Frühjahrsgutachten zu, nach einem Mini-Wachstum von 0,9 Prozent im laufenden Jahr bereits 2013 zwei Prozent oder mehr zu schaffen. Davon können viele Euro-Länder nur träumen. Deutsche Unternehmen seien so wettbewerbsfähig wie noch nie in den vergangenen drei Jahrzehnten, erklärten die Ökonomen am Donnerstag in Berlin.

Oliver Holtemöller vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle meinte: „Für die europäische Wirtschaft ist es doch nahezu ein Glücksfall, dass Deutschland die Eurozone stützt.“ Die Institute halten es für denkbar,

dass Deutschland in den nächsten Jahren seinen Wettbewerbsvorsprung massiv ausbaut. Die größte Gefahr sei die schwelende Euro-Schuldenkrise, schreiben die Experten in ihrer Analyse. Vor allem in Italien, Irland und

Spanien sei eine dauerhafte Stabilisierung nur möglich, wenn die Reformen griffen und es nicht zu neuen Vertrauensverlusten an den Finanzmärkten komme. Deutschland wird dagegen von Investoren als sicherer Hafen geschätzt. Die Arbeitnehmer können erneut mit steigenden Löhnen rechnen – das Plus wird aber durch die Teuerungsrate geschwächt. Die Ökonomen sagen zwar einen erneut kräftigen Anstieg der Tariflöhne von durchschnittlich 2,5 Prozent (2012) und 2,9 Prozent (2013) voraus. Die Inflation dürfte aber bei rund 2,3 Prozent liegen. dpa



Grafik zum Frühjahrsgutachten vom 20. April 2012

### Wolken und örtlich Regen

Es bleibt wechselhaft. Die Wolken dominieren. Vor allem am Nachmittag kann es zu Gewitterschauern kommen. Der Wind weht nur schwach. **Seite 8**

BÖRSEN  
▶ S. 31

DAX:  
6671,22

EURO:  
1,3086 \$

### Kunden-Service

Leserservice: 0951/188 199  
Anzeigen: 0951/188 388  
Anzeigen-Fax: 0951/188 113  
Servicezeiten: Mo bis Fr, 7 bis 18 Uhr, Sa 7 bis 11 Uhr  
E-Mail: kundenservice@infranken.de  
Internet: www.infranken.de

**inFranken.de**



4 195099 601309 50116



Die Frankenfahne kommt auch mal im Sport zum Einsatz - hier die Großenseebacherin Brigitte Bärnreuther beim Marathon. Foto: privat

# Hauch von Rebellion

**FRANKENFAHNE** Am Tag der Franken darf der Rechen vor fränkischen Behörden flattern. Das hat bisher die Flaggenverwaltungsordnung verhindert. Die wird jetzt umgangen.

VON CARSTEN HOEFER, DPA

**München** – An staatlichen bayerischen Fahnenmasten war bisher kein Platz für den Fränkischen Rechen. Der rot-weißen Frankenfahne im Wege stand die Flaggenverwaltungsordnung des Innenministeriums. Die regelt streng, dass auf und vor staatlichen Gebäuden nur staatliche Flaggen hängen dürfen – Bayern-, Deutschland- und Europaflagge. Der Ärger bei fränkischen Patrioten ist groß, obwohl es historisch nie eine einheitliche Fahne gegeben hat.

## „Gefährliches Gelände“

Das Innenministerium fürchtet, dass dann ja jeder kommen könnte, um seine Fahne auf einem Behördenbau zu hissen. Freie und unregelmäßige Beflaggung würde aber offenbar die Würde staatlicher Fahnenmasten schwer gefährden. „Die Diskussion zeigt, auf welch gefährli-

ches Gelände wir uns hier begehen“, so der Vertreter des Innenministeriums im Rechtsausschuss. „Für die Beflaggung auf öffentlichen Gebäuden im Rechtssinne kommen nur die offiziellen Flaggen in Betracht.“

Das Innenministerium sagt also „Nein“ – und deswegen liegt ein Hauch von Frankens-Rebellion in der trockenen Aktenluft des Landtags: „Das ist genau die starre Haltung, die meint, mit Macht demonstrieren zu müssen, wenn es nur um eine Kleinigkeit geht. Da werden wir Franken immer separatistischer werden“, droht die grüne Landtags-Vizepräsidentin Christine Stahl. „Ich kann nur alle betroffenen Behördenleiter zu zivilem Ungehorsam aufrufen“, schimpft sie. „Tja“, seufzt der Ausschussvorsitzende Franz Schindler (SPD) – ein Oberpfälzer. „So weit musste es kommen.“ FDP-Vizefraktionschef Andreas Fischer ist als Nieder-

bayer separatistischer Tendenzen unverdächtig. Aber auch er meint: „Hier ist der Amtsschimmel so laut am Wiehern, dass wir überlegen müssen, wie man das ändern kann.“ Auch andere Abgeordnete sehen Reformbedarf bei der Flaggenverwaltungsordnung. Die Rechtslage: Kommunale Behörden dürfen den Fränkischen Rechen hissen, weil die Flaggenverwaltungsanordnung nur für Behörden der Staatsregierung gilt. Landratsämter dürfen die rot-weiße Fahne dennoch setzen, obwohl sie ausführende Organe der Staatsverwaltung sind. Der Ministerialbeamte erläutert, dass ein

Landratsamt eine Doppelbehörde ist – sowohl staatlich als auch kommunal. In seiner Eigenschaft als kommunaler Wahlbeamter darf der Landrat eine Fahne hissen, die er als Vertreter der staatlichen Verwaltung mit dem Bannstrahl belegen müsste.

Doch nicht umsonst sitzen im Rechtsausschuss des Landtags fachkundige Juristen: Die Abgeordneten finden einen eleganten Weg, die Flaggenverwaltungsanordnung zu umschiffen. Die Verordnung ist vielen Abgeordneten zu bürokratisch und zu obrigkeitstaatlich. Mehrere Volksvertreter bringen das listige Argument vor, mit dem das

Innenministerium in die Schranken gewiesen und dem Fränkischen Rechen zu seinem Platz am Mast verholfen wird: Der Fränkische Rechen sei keine Staatsfahne – und deswegen könne er auch nicht von einer Verordnung betroffen sein, die den Gebrauch von Staatsflaggen regelt. Der Fränkische Rechen werde nicht deswegen zur Staatsflagge, weil er an einem staatlichen Fahnenmasten gehisst wird. Klar ist aber auch: Der Rechen darf Bayern- oder Deutschlandflagge keinesfalls vom staatlichen Fahnenmast verdrängen, sondern darf nur zusätzlich aufgehängt werden.

## GLOSSE

### Mehr Fahnenmasten für Franken!

Wenn die Franken schon mal siegen, dann aber richtig. Der Coburger CSU-Abgeordnete Jürgen Heike gratulierte so: „Da wurde mit großem Helau ein offenes Scheunentor eingerannt.“ Also doch kein Sieg? Aber ja, denn der Rechtsausschuss des Landtags beschloss einstimmig, dass Bürgermeister und Landräte zum Tag der Franken die Fahne mit dem rot-weißen Rechen aufhängen dürfen. Nur: Das durften sie vorher schon.

Der Kulmbacher Wolfgang Hoderlein, einst bayerischer SPD-Chef und nun Vorstandsmitglied beim Fränkischen Bund, will sich den Triumph nicht klein reden lassen.

Er, der schon im Landtag den Tag der Franken durchkämpfte, sieht in der gestrigen Entscheidung einen Durchbruch für kulturelle Identität.

Fränkische Identität? Der Fränkische Rechen ist dem



Thomas Lange

Wappen der Würzburger Fürstbischöfe entnommen, die schon der Bamberger Konkurrenz suspekt waren, den Markgrafen in Ansbach und Kulmbach noch viel mehr und

den Reichsstädten Nürnberg, Rothenburg, Windsheim, Schweinfurt und Weißenburg sowieso. Keiner hat die fränkische Identität schöner definiert als Max von Aufseß: Die Franken eint vor allem der fränkische Partikularismus.

Bald aber doch wieder eine erneute Forderung an die Staatsregierung: Franken braucht mehr Fahnenmasten. Die bayerische Flaggen-Verwaltungsordnung will in Paragraph drei die Flaggen des Freistaats, des Bundes und der EU. Und dann gibt es ja auch noch Regierungsbezirk, Landkreis und Gemeinde.

Wo hängt dann der Rechen? Franken darf nicht am fehlenden Fahnenmast scheitern.

## Internetkommentare

**Meckerer** Das ganze Jahr über – nicht nur am Tag der Franken – die fränkische Flagge neben der weiß-blauen Rautenflagge auf öffentlichen Gebäuden zu lassen. Das gehört genau so dazu wie der fränkische Dialekt. Und wer das nicht begreift ist entweder ein „Reinischmecker“ oder a Saupreuß.

**Itzgrunder** Bayernfahne am Tag der Franken? Wer kommt denn auf solche Ideen? Ich hiesse im Gemeindebereich schon seit Jahren mit Freude und Stolz den Fränkischen Rechen an unserem Tag. Im Leben würde ich nicht auf die Idee kommen, an solch einem Tag die Bayernfahne zu hissen.

**Companion** Die Bayern scheuen ja, so wie es aussieht, fränkische Forderungen wie der Teufel das Weihwasser, egal, ob es sich um Dürer-Selbstbildnis, das fränkische Herzogsschwert, die Heinrichs-Krone oder eben den Frankenrechen als Beflaggung handelt. Warum eigentlich? Es scheint, dass die Bajuwaren doch nicht so souverän und von sich überzeugt sind, denn sonst hätten sie diesen Kleinkrieg nicht nötig.

**Fritz Z.** Es ist eh schon eine Zumutung, die Besatzerflagge auf öffentlichen Gebäuden in Franken sehen zu müssen. In München packt man sich die Taschen mit fränkischen Steuergeldern ganz gerne voll und glaubt dann auch noch, uns unsere Kultur verbieten zu dürfen.

**martin** Franken, wacht auf! Wenn man beobachtet, wie Bayern mit allen Mitteln versucht, Franken in allen Bereichen niederzuhalten, dann muss man an einer demokratischen Ordnung zweifeln. Das traurige dabei ist, dass gerade die Abgeordneten aus Franken, von Franken für fränkische Belange gewählt, uns in München verraten. Nur weil sie Karriere machen wollen und der Parteilinie Gehorsam leisten, egal, um was es geht. Wenn sie am Wochenende nach Franken zurück kommen, dann heucheln Sie uns Franken vor, dass sie uns gut vertreten haben. Das lässt sich 2013 nur mit der Stimmbgabe ändern.



Diskutieren Sie mit auf [www.infranken.de](http://www.infranken.de) [www.facebook.com/infranken.de](https://www.facebook.com/infranken.de)

## DEFIZIT

### Bahn: Bayern und Sachsen in Zugzwang

**Nürnberg** – Bahnchef Rüdiger Grube sieht beim Streit um den Franken-Sachsen-Express zwischen Nürnberg und Dresden die beiden Bundesländer Bayern und Sachsen in der Pflicht. Sie müssten sich jetzt auf ein gemeinsames Rettungskonzept einigen und auch die Kosten dafür übernehmen, heißt es in einem Brief Grubes an Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). Friedrichs Hofer Wahlkreis liegt in Oberfranken, wo Politiker seit Monaten auf einen Erhalt der Interregio-Verbindung drängen. Die Bahn will den alle zwei Stunden verkehrenden Interregio-Zug wegen jährlicher zweistelliger Millionenverluste nicht über das Jahr 2013 hinaus einsetzen. *dpa*

## PARTEIEN

### Wie bundespolitisch sind die Freien Wähler?

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN THOMAS LANGE

**München** – Ihre letzten beiden Landesversammlungen in Geiselwind und Roth haben die Freien Wähler dem letztlich erfolgreichen Bemühen gewidmet, die Delegierten von der Notwendigkeit einer Fusion ihrer bayerischen Landesvereinigungen zu überzeugen. Die erfolgte mit Blick auf die Wahlen zum Bundestag und zum Europäischen Parlament. Jetzt, bei der Landesdelegiertenversammlung am Samstag in Rosenheim, soll es im Vorfeld der Landtagswahl in Bayern wieder um inhaltliche Schwerpunkte gehen. Als einen davon nannte der Generalsekretär und Landtagsabgeordnete Michael Piazzolo gestern die Kritik an Art und Umfang der Euro-Rettung.

Während sich die Führung also wieder auf die großen The-

men wie Bildung und Europa einschießt, ist der Unmut an der kommunalen Basis noch nicht verweht, der sich vor allem an den Berliner Ambitionen des Chefs der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, entzündet hat.

Die Bedenken fasste ein bestens vernetztes Mitglied einer oberfränkischen Wählergemeinschaft gegenüber unserer Zeitung so zusammen: „Wir sind eine kommunalpolitische Kraft, und hier liegt auch unsere zentrale Kompetenz. Wir haben schon das Engagement in der Landespolitik mit Sorge betrachtet. Das ist jetzt so, aber damit soll es auch genug sein.“ Also ist er, wegen der Fusion mit der Bundesvereinigung, aus der Landesvereinigung ausgetreten, bleibt aber Mitglied in seiner örtlichen Wählergemeinschaft.

Damit ist er einer von vielen, und das räumt Piazzolo auch ein: „Das ist ein Prozess, den man

sieht bei denen, die ihren Schwerpunkt in der Kommune sehen, und er ist stark und deutlich beim Thema Bundestag.“

Die örtliche Verweigerung bundespolitischer Ambitionen betrachtet Piazzolo aber nicht als Nachteil: „Die Botschaft ist doch: Wer seinen Fokus in der Kommunalpolitik sieht, der bleibt halt in den Ortsverbänden. Das kann gut und soll auch nebeneinander laufen mit der Landes- und Bundespolitik.“

Immerhin, so Piazzolo, haben sich in Geiselwind 70 Prozent der Delegierten für eine Kandidatur bei der Bundestagswahl entschieden, und in Roth erreichte die Zustimmung zur Bundes-Fusion 80 Prozent.

Eine erneute Diskussion über die Wandlung der Freien Wähler zur Bundespartei erwartet Piazzolo in Rosenheim nicht. Dort spricht Hubert Aiwanger über „Konzepte für Bayern“.

## BREITBANDNETZE

### Bis zu 500 000 Euro Zuschuss pro Gemeinde geplant

**München** – Die Gemeinden in Bayern sollen für den Ausbau superschneller Internet-Verbindungen bis zu eine halbe Million Euro an staatlichen Zuschüssen bekommen. Dabei sollen Gemeinden in besonders strukturschwachen Gebieten 80 Prozent der Kosten erstattet bekommen. Die Fördersatzte für die übrigen Regionen sollen bei 40, 50 oder 60 Prozent liegen, je nach Finanzkraft der betreffenden Gemeinden. Auf diese Details verständigte sich eine Arbeitsgruppe der schwarz-gelben Koalition, wie Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) und die Wirtschaftsexperten von CSU- und FDP-Fraktion, Erwin Huber und Dietrich von Gumpenberg, am Donnerstag in München mitteilten. Wenn alles glatt geht, soll es mit der Förderung

schon im Sommer losgehen. Ziel des neuen Förderprogramms ist der Ausbau von Breitbandnetzen der nächsten Generation mit Bandbreiten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde. Die Grundsatzvereinbarung auf ein bayernweites Förderprogramm hatte die Koalition nach langen Ringen bereits Ende März erzielt.

„Die Staatsregierung unterstreicht damit klar ihren Anspruch, den Freistaat als High-Tech-Standort an der Spitze des Fortschritts zu halten“, erklärte Zeil. Kommende Woche soll sich das Kabinett damit befassen und das Programm dann bei der EU zur Genehmigung einreichen. „Wenn die Kommission zügig arbeitet, können wir noch im Sommer mit der Förderung beginnen“, betonte Zeil. *dpa*